

Vermögensbildung als Kern liberaler Sozialpolitik

eine Gedankenskizze von Helmut Krebs

Menschen gehen mit Anderen Beziehungen ein, die dem Zweck dienen, Güter zu tauschen, um Gewinne zu erzielen. Tausch nennen wir den Besitzwechsel von Gütern, der freiwillig von zwei Seiten ausgeführt wird, die beide eine Gewinnabsicht verfolgen. Aus Sicht der Handelnden schafft allein schon der Tausch einen Gewinn, weil der Nutzen reziprok ist. Die Sphäre der Tauschbeziehungen geht weit über die Wirtschaftsbeziehungen hinaus, die mit Geld rechnen. Jede Auskunft tauscht Wissen gegen ein freundliches Dankeschön. Nachbarn helfen sich gegenseitig in asynchroner Weise. Als inneren Tausch können wir Handlungen begreifen, bei dem ein Tun durch ein anderes ersetzt wird, das eine höhere Befriedigung verspricht, womit wir unsere Zeit besser nutzen. Im gesellschaftlichen Feld schaffen Tausche institutionelle Strukturen wie Kaufverträge, Tauschmittel, Kredite, Banken und Börsen und um diese herum die politischen und kulturellen Systeme, die wir Gesellschaft nennen. Immer geht es um die Verbesserung der Lage der Handelnden, sprich Gewinne. Der Händler besitzt mehr Waren als er selbst verbrauchen kann. Er tauscht sie gegen das überschüssige Geld eines Käufers ein, um mit diesem Konsumgüter oder weitere Waren zu erwerben. Der Käufer hat das Geld erworben, um es gegen Güter einzutauschen, die er benötigt. Beide haben beim Tausch gewonnen, insofern sie wertlosere Güter gegen wertvollere tauschen.

Die Tauschgesellschaft ist die Grundlage aller weiteren gesellschaftlichen Beziehungen. Viele unterschiedliche Systeme ermöglichen die Tauschgeschäfte. Das Recht löst Konflikte unter den Menschen auf friedliche Weise. Der Staat sichert den äußeren Frieden und verschafft dem Gesetz Geltung. Die Informationsmedien liefern die Daten, die wir zu unserer Orientierung benötigen. Die Bildungssysteme vermitteln das Wissen, das wir brauchen, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Kultur begründet das Vertrauen, das Menschen einander schenken, weil sie ein gemeinsames Wertesystem ermöglicht und damit den Anderen berechenbar macht. Viele weitere Systeme öffentlicher Güter dienen der Gesundheit, der Katastrophenhilfe, der Erholung, der Versorgung mit Grundmitteln, der Reinigung von Abfällen usw. Doch alle diese Systeme sind auf die Tauschgesellschaft fokussiert. Die Ökonomie ist das Fundament aller Gesellschaften. Ihr Gedeihen ist der Maßstab der Gesellschaftspolitik.

All dies zusammen ist funktional auf den Zweck gerichtet, Armut und Not zu lindern, Wohlstand zu mehren. Vermögen ist ein Synonym für Wohlstand.

Aus Sicht der Gesellschaftsmitglieder erfordert die Teilnahme an den wirtschaftlichen und den übrigen gesellschaftlichen Vorgängen und die Inanspruchnahme ihrer Güter bestimmte Mittel. Ich nenne sie „Vermögen“. Der Begriff hat einem engeren und einem weiteren Bedeutungshof. Er bedeutet dem Wortsinn nach, die Fähigkeit zu Handeln. Wer Vermögen besitzt, vermag zu handeln. Wer Handeln kann, folgt seinem eigenen Willen. Er ist frei. Vermögen kann vielfältige Erscheinungen annehmen. Die Ware, die ein Händler tauscht, ist sein Vermögen. Ebenso das Geld, das ein Käufer für sie hergibt. Im engeren, d.h. ökonomischen Sinn handelt es sich beim Vermögen um die Mittel, die Gewinne aus Tauschgeschäfte ermöglichen. Der Händler besitzt die Waren und das Geschäft. Der

Käufer das Geld. Der Industrielle die sächlichen und finanziellen Produktionsmittel. Der Arbeiter besitzt seine Arbeitskraft und die Zeit, in der er sie verdingt. Doch auch das Know-how, die Rezepte, Verfahrenswege und Musterlösungen von Problemen sind Vermögen. Es mag Jahrhunderte dauern, bis wir in der Lage sind, eine Automobilfabrik zu errichten. Sie nach einer Zerstörung wieder herzustellen dauert Monate. Die sächlichen Mittel sind geronnenes Wissen.

Vermögenswerte spiegeln gesellschaftlichen Beziehungen der Handelnden. Sie sind funktionell auf diese bezogen. Sie erlauben uns die Teilnahme an den Tauschhandlungen. Je mehr Vermögen uns zur Verfügung stehen, desto mehr Handlungsmöglichkeiten besitzen wir. Wer mehr Geld hat, kann auch mehr Güter eintauschen. Der Arme macht Urlaub auf Balkonien, der Vermögende genießt die Sonne des Südens.

Im weiteren Sinne schließt der Begriff „Vermögen“ auch jene Mittel in sich ein, die nicht wirtschaftlicher Natur sind. Wer unternehmerisch Handeln will, braucht nicht nur Investitionsmittel, also Kapital, sondern auch eine Geschäftsidee, einen Plan. Wer einen Arbeitsplatz erwerben will, braucht berufliches Können. Manche Menschen haben wenig Geld, doch Fähigkeiten. Bildung ist ein unverzichtbares Vermögen sowohl für die Teilnahme am Wirtschaftsleben als auch am politischen. Eine gute Ausbildung und Berufserfahrung ist das Kapital des Arbeiters. Weiterhin erfordert die Teilnahme persönliche Qualitäten wie Belastbarkeit, Zuverlässigkeit und körperliche Fitness. Wir brauchen Informationen, um uns zu orientieren und wir brauchen gesellschaftliche Kontakte, um Partner zu finden. Wir können den Begriff „Vermögen“ in ökonomische, informationelle, konnektive und individuelle Komponenten aufschlüsseln.

All jene Mittel, die ich Vermögen im weiteren Sinne nenne, die zu den ökonomischen hinzutreten müssen, begrenzen unsere Handlungsmöglichkeiten oder erweitern sie. Die Begrenzung ergibt sich aus der Knappheit der Mittel. Mittel sind ihrem Wesen nach endlich und begehrt und also knapp. Die Vermehrung der Mittel erweitert unsere Handlungsmöglichkeiten. Sie machen uns freier. Aus liberaler Sicht sehen wir in der Vermögensbildung die Kernaufgabe der Sozialpolitik, wobei wir den Begriff „Vermögen“ weit fassen.

Einschränkungen der Handlungsfreiheit entwerten die Vermögen. Wenn die Freiheit des Handels, der Schulbildung, der Informationsbeschaffung, des Ideenaustauschs, der Mobilität usw. eingeschränkt werden, verarmt uns dies, weil sie die Reichweite unserer Vermögen schmälern. Wer zwar die Fähigkeit besitzt, ein Unternehmen zu gründen, doch die Gründung nicht erlaubt wird, ist unfrei. Durch die Beseitigung der ständischen Privilegien und Restriktionen, die in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgte, beschleunigte sich der Fortschritt und schlug sich in einer atemberaubenden Menge an Vermögen nieder. Die Einkommen von Millionen Menschen vervielfachten sich. Die Lebenserwartung verdoppelte sich nahezu. Die Hochschulreife wurde für alle Schüler ermöglicht und ist für annähernd vierzig von hundert Realität. Die Rechte vormals unterprivilegiertester Bevölkerungsgruppen wie der Landarbeiter und der Frauen wurden gleichgestellt. Die Lebensqualität verbesserte sich. Wo früher die Städte unter Gestank und Dreck erstickten, genießen wir saubere Straßen, reine Luft und intakte Bausubstanzen. Fast jeder Haushalt besitzt ein Automobil und alle können auf kollektive Transportmittel zugreifen. Die Ausstattung der Haushalte mit Waschmaschinen, Kühlschränken und elektronischen Geräten ist nahezu vollständig. Die Öffnung der Zugänge zu gesellschaftlichen Beziehungen durch Abschaffung der Adelsprivilegien, ständischer Regulation und die rechtlicher Gleichstellung erzeugt eine inklusive Gesellschaft. Inklusive

Gesellschaften sind wesentlich progressiver als extraktive und exkludierende. Deutschland ist eine sehr inklusive Gesellschaft. Die Bildungswege sind maximal durchlässig. Bildung ist kostenlos. Jeder Bürger hat Zugang zu Machtpositionen in Wirtschaft, in den Verbänden und der Politik. Die Wirtschaft ist weitgehend diversifiziert. Dennoch können weitere Zugangshürden abgebaut werden, insbesondere durch Ausnahmen bei Regulierungen von jungen Unternehmen. Exkludierende Gesellschaften schließen die Masse der Bevölkerung von der Teilnahme an den Tauschhandlungen weitgehend aus. Sie werden von einer Oligarchie ausgebeutet, die den Staat okkupiert haben und den Aufstieg der unteren Schichten blockieren.

Vermögen entwickelt sich in drei Dimensionen: *sächlich*, *persönlich* und *rechtlich*. Die sächlichen Vermögen kondensieren sich in *persönlichem* und *gesellschaftlichem* Eigentum. Persönliches Eigentum sind hier unsere Guthaben, unser Hausrat usw. Gesellschaftliches Eigentum sind die öffentlichen Güter wie die Verkehrswege, die Bildungseinrichtungen usw. Unser Rentensystem, die Krankenversicherungen sind kollektive Güter, die staatlich reguliert werden und eng mit ihm verflochten sind, wenn auch nicht Staatseigentum. Rechte sind Gemeinschaftsgüter, weil unser liberales Recht nicht-diskriminierend gestaltet ist. Alle Menschen genießen dieselben Menschenrechte und alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich.

Ein weitverbreitetes Missverständnis spielt die ökonomischen gegen die nicht-ökonomischen Werte aus, während sie – wie gezeigt – sich gegenseitig bedingen. Verzicht ist nur Gewinn, wenn das weniger Wertvolle (auf das wir verzichten) gegen das Wertvollere (das wir erwerben) getauscht wird. Verzicht an sich ist Verarmung.

Im Zentrum einer liberalen Sozialpolitik müssen also Bestrebungen stehen, möglichst vielen Menschen eine möglichst rasche Vermögensbildung zu vermitteln. Von Vermitteln spreche ich, um deutlich zu machen, dass Vermögen nicht wirklich verschenkt werden kann, sondern erworben werden muss. Geld, das nicht planvoll und vernünftig eingesetzt wird, zerrinnt wie Sand in der Hand. Unsere Handlungskompetenzen können wir nur mit Hilfe von Anstrengungen erwerben, durch Fleiß und Strebsamkeit. Sie fallen uns nicht in den Schoß. Unsere psychische und physische Tüchtigkeit will gepflegt werden; sonst verkommt sie. Informationen sind Daten, die uns nützen, und diese müssen wir suchen und zusammenstellen. Beziehungen müssen geknüpft und gepflegt werden. In diesem Sinn trifft die Redensart, dass wir unseres Glückes Schmied sind, einen Wahrheitskern. Sozialpolitik darf nicht darauf aus sein, Vermögensunterschiede auszugleichen.

Vermögend sein kann man nicht verschenken und daher auch nicht umverteilen. Es ist an unsere Fähigkeiten und Qualitäten, unser Wissen und unsere Erfahrung gekoppelt. Wer den Reichtum der Vermögenden nimmt, um es den Ärmeren zu geben, nimmt wenigen viel und gibt vielen wenig. Diese werden es verbrauchen, während jene es produktiv einsetzen können. Hier sind die Erfahrungen mit Mikrokrediten in armen Ländern interessant. Die Effizienz der vielen Mikrokredite ist weitgehend schwach. Nur etwa zwanzig Prozent bewirken eine nachhaltige Hebung des Lebensstandards. Die meisten versacken im Alltag, weil ihre Empfänger nicht das nötige unternehmerische Geschick haben, aus ihnen mehr Vermögen zu machen. Landreformen in Lateinamerika übertrugen den Grundbesitz in die Hände der Kleinpächter. Nach wenigen Jahren wurden sie durch die Oligarchen zurückgekauft und die Vermögensstruktur in alter Weise wieder hergestellt. Landreformen erzeugten paradoxerweise wohlstandsmindernde Effekte, weil die Produktionsmittel durch die Kleinbauern uneffizienter verwendet wurden.

Doch müssen unsere Anstrengungen auch in Rahmenbedingungen stattfinden, die ihnen günstig sind. Deren Gestaltung ist der Zweck der Gesellschaftspolitik. Hierzu einige Konkretisierungen:

1. Die **Förderung unternehmerischen Denkens und Handelns** ist prioritär. Eine Minderheit von Unternehmern schafft Arbeitsplätze für eine Mehrheit nicht unternehmerisch Handelnder. Nicht allen Menschen ist es gegeben, die Belastungen und die Unsicherheiten auf sich zu nehmen, die das Unternehmerdasein mit sich bringt. Gerade deshalb müssen wir es wertschätzen und die Leistungen anerkennen. Es sind die Unternehmensgründungen, die Arbeitslosigkeit mindern.
2. Die **bestmögliche Passung der Arbeitskräfte** zu ihren Arbeitsaufgaben erhöht die Produktivität beträchtlich. Eine gute berufsbezogene Bildung und lebenslange Fortbildungen erhöhen die Mobilität der Arbeit. Kündigungsschutz ist aus der Sicht der abhängig Beschäftigten stressmindernd, doch gleichermaßen trägt er auch zur Versteifung des Arbeitsmarktes bei. Eine moderate Lockerung in Verbindung mit Fortbildungsmaßnahmen erhöht die Mobilität und damit die berufliche Zufriedenheit. Eine einseitige Stärkung des Kündigungsschutzes schafft Arbeitsplätze, die tendenziell unproduktiver sind als solche in flexiblen Arbeitsmärkten. Unproduktive Arbeit verstärkt das Arbeitsleid und schwächt das Selbstbewusstsein.
3. **Kollektive Arbeitsverträge** (Tarife) sind für humane Arbeitsbeziehungen unverzichtbar. In diesem Zusammenhang können Mindestlöhne bei niedrig entlohnter Arbeit eine Sicherung der Mindestexistenz bedingen, Sorgen mindern und Streit verhindern. Gewerkschaften haben eine wichtige Aufgabe in freien Marktgesellschaften, die sie gut erfüllen, so lange sie das Allgemeininteresse nicht aus den Augen verlieren. Doch sollen wir Arbeitnehmer nicht ausschließlich mit paternalistischem Blick von oben herab als schutz- und hilfsbedürftige Adressaten einer Interessenvertretungspolitik betrachten, sondern als eigenverantwortliche Individuen. Immer mehr abhängig Beschäftigte arbeiten als Einmann-Unternehmer bzw. quasi-selbstständig. Dies erfordert eine Anpassung der Sozialpolitik, die einen Kompromiss zwischen der Mobilität und Flexibilität und einem Mindestmaß an beruflicher Sicherheit schließt.
4. Die Bildung von **geldwerten Vermögen als Rücklagen** für Alter und Not, Krankheit und Ausbildung gelingt weitaus rentabler mit Hilfe von kapitalbasierten Fonds mit Rentenpapieren. **Renten** sollen individualisiert und kapitalbasiert sein. Die Rücklagen dürfen nicht besteuert werden, nur die Gewinne, analog der Quellsteuer. Die auf dem Generationenvertrag basierte gesetzliche Rente soll allmählich in eine Mindestsicherung der Existenz überführt werden und mit der Sozialfürsorge verschmolzen werden.
5. **Vermögen soll nicht versteuert werden**, auch nicht bei der erblichen Übertragung. Es ist das Momentum unserer Einkommenserzeugung. Es sind unsere Produktivkräfte. Steuern sollen nur aus Einkommen bezogen werden, das heißt aus wiederkehrenden Erträgen.
6. **Reichtum** ist gut. Reichtum baut sich nicht in kurzer Zeit auf. Er entsteht oft über mehrere Generationen. Eltern sparen für ihre Kinder, um ihnen eine gute Schulbildung zu ermöglichen und hinterlassen ihnen an ihrem Lebensende in selbstloser Weise unverbrauchtes Vermögen als Erbe, um diesen einen Sockel für die weitere Vermögensbildung zur Verfügung zu stellen. Dieses Verfahren ist für viele vermögensbildende Menschen ein starker Sparan-

reiz. Hohe Besteuerung von Erben wirken sich demotivierend aus. Sie werden aus einer moralischen Abwertung des Reichtums begründet und sind unvernünftig. Reichtum stellt in inklusiven Gesellschaften ein Moment des Fortschritts dar. Unternehmensgründungen erfordern große Mengen an Geldkapital. Wer Reiche bei ihrem Lebensende immer wieder auf Null stellen will, kann auch gleich ihre Fabriken und Villen einreißen. Es wird das Argument ins Spiel gebracht, dass unverdienter Reichtum unmoralisch sei und die Tüchtigen, die nicht das Glück reicher Eltern haben, benachteiligt würden. Aber von Benachteiligung kann in diesem Zusammenhang keine Rede sein. Nachteile bestehen durch Geburt. Aber das ist keine Gerechtigkeitsfrage. Ist der Dumme ungerechter Weise benachteiligt und die Hässliche? Ungerecht sind allein Behinderungen durch diskriminierende Bedingungen, nicht die Zufälle die uns zu Nachkommen bestimmter Eltern machen.

7. Gesellschaftliche **Ungleichheit** ist unvermeidliches Ergebnis und sogar das Ziel des wirtschaftlichen Handelns. Sie ist unvermeidlich und erwünscht. Jeder Kauf führt Kapital in die Richtung der Hersteller, die die nachgefragten Güter produzieren und an denen vorbei, die dies nicht tun. Jeder Kauf verschiebt damit die Kapitalstruktur und passt sie den Bedürfnissen der Konsumenten an. Das ist gut so. Nivellierende Eingriffe in das Vermögen demotivieren unternehmerisches Handeln und verpuffen, da sie nicht nachhaltig sind. Sozialpolitik soll Vermögen vermehren und damit Ungleichheit nicht nur in Kauf nehmen, sondern als konstante Bedingung menschlichen Seins akzeptieren. Die betrifft auch auf die intellektuellen Fähigkeiten von Menschen zu. Menschen sind von Natur aus ungleich und werden durch Bildung nicht gleicher sondern ungleicher.
8. Zur Existenzgründung gehört die Sesshaftigkeit. Erwerb und Verkauf von **Grund- und Wohneigentum** soll nicht besteuert werden. Es soll als Vermögen respektiert werden. Der extrem hohe Mieterschutz hält Wohnungseigentümer davon ab, Wohnungen auf dem Markt anzubieten. Die Abschaffung der Grunderwerbssteuer würde den Einstieg in das Immobilieneigentum verbilligen. Zur Förderung der Bildung sind subventionierte Studentenwohnungen in der Hand von gesetzlichen Trägern (Studierendenwerk) in einem ansonsten freien Wohnungsmarkt zur Überbrückung von Engpässen hilfreich.
9. Eine liberale Sozialpolitik gestaltet die Bedingungen mit dem Ziel, Vermögensbildung im umfassenden Sinn auf möglichst breiter Basis zu begünstigen. Wenn wir auch den Begriff breit fassen, mindert das keineswegs die Bedeutung persönlicher finanzieller Rücklagen. Rücklagen werden vernünftigerweise hinsichtlich der Zeithorizonte differenziert. Langfristige können vom Zinseszinsseffekt profitieren, wenn sie rentabel angelegt und lebenslang thesauriert werden. Investitionen in Form von Aktien gesunder zukunftsfähiger Unternehmen, die möglichst lange gehalten werden, sind erwiesenermaßen die rentabelste Form des Sparens. Seriöse Information und die Schaffung von Anreizen soll die **Aktienkultur** in Deutschland fördern.